

# EDITORIAL

**D**er immer noch neue Gesundheitsminister, in Berlin auch der „Stille Minister“ genannt, zeigt sich partout verwundert, welche Aufmerksamkeit ihm bislang so auch ohne eigenes Zutun zuteil wird. Kündige er nur an, persifliert Philip Rösler öffentlich, ohne Krawatte über die Friedrichstrasse flanieren zu wollen, werde ihn die Presse vermutlich als Exhibitionisten bloßstellen und Karl Lauterbach ihn als erstes Opfer der eigenen Kopfprämie brandmarken. Dabei hat er ja nun wirklich ein halbes Jahr jede Regierungsarbeit vermieden: Kommissionen sollen klären, was und wie politisch zu arbeiten sein wird. Oder zumindest die Leere bis zur Landtagswahl in Düsseldorf überbrücken. Dass der Krankenversicherung in der Zwischenzeit die Ausgaben davon laufen, ist Teil der Dramaturgie, die er nicht in Kommissionen verschieben kann. Wenn nichts passiert, wird die Finanzlücke in 2011 auf über 11 Mrd. Euro anwachsen. In dieser Realität muss der Minister ankommen, um überhaupt politisch wirksam zu werden, und er scheint in der Tat dort angekommen zu sein. Philipp Rösler tritt mit Beginn der Sommerzeit als Reformier auf, der die Arzneimittelpreise in Griff bekommen will. Eine wichtige Aufgabe aus dem Drehbuch der politischen Realität. Während der „Stille Amerikaner“ in Saigon nicht recht wahrhaben wollte, dass seine Zeit bereits abgelaufen war, hat der „Stille Minister“ in Berlin seine Herausforderung gefunden und angenommen. Die Stille ist vorbei: Bon Chance, Herr Minister!

**D**ass die Eckpunkte der Reform stark von der Union geprägt sind, macht nichts. Im Gegenteil. Im weiteren Verfahren kommt es gerade darauf an, die Zustimmung der Länder zu haben. Alle Versuche, das international einmalige Preisprivileg der Pharmazeutischen Industrie zu begrenzen, sind bislang auch an ihnen gescheitert. Und für die Gesundheitspolitik hat auch die Föderalismuskommission der Großen Koalition keinen Durchbruch geschafft. Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Krankenhauspolitik, die von den Ländern immer noch kamentalistisch betrieben wird, also vom Anspruch her hoheitlich und von den Finanzen her unterkritisch. Ein Blick auf die demographische Entwicklung mahnt zur Kehrtwende:

Gerade in vielen ländlichen Regionen wird sich der Altersquotient '85' in den nächsten Jahren vervielfachen, während die Bevölkerungsdichte rapide abnimmt. Die schlechtere Infrastruktur wird gerade bei den persönlichen ärztlichen Dienstleistungen registriert werden. Von daher sind die Länder dringend aufgerufen, eine sektorübergreifende Bedarfsplanung und Infrastrukturpolitik im Gesundheitswesen sicherzustellen. Da das Gutachten, das der Sachverständigenrat hierzu publiziert hat, an die 1.000 Seiten misst, wird in dieser Ausgabe ein betont kurzer Beitrag publiziert, der die Ebenen Bedarfsplanung, Sicherstellung, Vergütungsform und Vertragsprinzip umfasst.

**D**ass der Sachverständigenrat – wenn er beratend tätig bleiben will – die Frage des Kontrahierungszwangs nicht anfasst, ist verständlich. Aber wie wird die FDP im Gesundheitsministerium damit zurecht kommen? Die babylonische Gefangenschaft in der Sonderwirtschafts-Zone Gesundheitswesen beginnt mit dem Kontrahierungszwang der Krankenkassen. Jenseits aller Vertragsprinzipien müssen sie mit jedem Arzt und jedem Krankenhaus abrechnen, können Überversorgung hier und Unterversorgung dort nur tatenlos hinnehmen und haben keine Auswahl- und kaum Prüfrechte. Die Wettbewerbswelt der Selektivverträge muss unter bürokratischem Aufwand bei den Ärzten jeden Euro aus den kollektiven Gesamtvergütungen herauskämpfen und auch den Krankenhäusern liegt jeder Preiswettbewerb fern, solange Krankenhauspreise nicht Höchstpreise sind. Von den Apothekern ist gesundheitspolitisch nicht ohne Scham zu reden – durch den ethischen Nebel dringt erneut ein Zytostatika-Skandal. Die Pharmapreise waren mithin nicht der letzte Drache, der dem ersten liberalen Gesundheitsminister übrig gelassen wurde. Er ist nur der unverschämte am leichtesten bekleidete. Die übrigen haben sich kollektive Mäntelchen angezogen und nennen das organisierte Wettbewerbsverbot „Sicherstellung“. Mit hellem Verstand braucht man nicht viel Zeit, sich in der Sonderwirtschafts-Zone zurechtzufinden. Wertvoller wäre es, für mehr Wettbewerb zu sorgen.

K.H. Schönbach

